

Protokoll

der VIII. Sitzung des 41. Studierendenparlaments der Philipps-Universität
Marburg am Mittwoch, den 17. Mai 2006
im Hörsaalgebäude, Hörsaal 7, Biegenstr. 14, 35037 Marburg.

ProtokollantInnen: **Felix Rensch, Kaia Jungjohann**

Die Sitzung ist öffentlich.

[Begrüßung, Beschlussfähigkeit]

Die Präsidentin des 41. Studierendenparlaments, **Julia Becker** (gruppe dissident) eröffnet die Sitzung um 20:22 Uhr und begrüßt alle anwesenden ParlamentarierInnen. Sie stellt bei 26 Anwesenden die Beschlussfähigkeit fest.

TOP 1 [Protokoll vom 26.04.06]

Julia gibt bekannt, dass das Präsidium auf Seite 8, Zeile 15 „14. Juli“ in „14. Juni“ geändert habe.

Sie fragt nach weiteren Kommentaren, Anmerkungen und Änderungswünschen.

Johannes Lörcher (GHG) stellt richtig, dass das Ende der Sitzung um 21:37 und nicht wie im Protokoll angegeben um 22:37 gewesen sei.

Alexander Klock (Rosa Liste) berichtigt auf Seite 5, Zeile 16 „des Präsidenten“ in „den Präsidenten“.

Alle Änderungen werden angenommen und das Protokoll ist damit in seiner geänderten Form genehmigt.

TOP 2 [Tagesordnung]

Julia schlägt vor, den Tagesordnungspunkt „Resolution

Osteuropäische Geschichte" als TOP 4 in die TO aufzunehmen.

geänderte Tagesordnung :

- Begrüßung und Feststellung der Beschlussfähigkeit
1. Genehmigung der Protokolle der vergangenen Sitzungen
 2. Genehmigung der weiteren Tagesordnung
 3. Bericht des AStA
 4. Resolution Osteuropäische Geschichte
 5. Unicard: Information und Diskussion
 6. Studiengebühren
 7. Verschiedenes

Es gibt keine weiteren Änderungswünsche zur Tagesordnung. Sie ist damit in ihrer geänderten Form genehmigt und es wird nach der geänderten Version fortgefahren.

TOP 3 [Bericht AStA]

Lena Behrendes (AStA-Vorsitzende) hält den Bericht des AStA. Sie zeigt sich sehr erfreut über die zahlreichen Proteste der vergangenen zwei Wochen, gibt einen Überblick über die verschiedenen Protestaktionen und stellt dabei auch die Beteiligung des AStA heraus.

Lena begrüßt dabei ausdrücklich die Arbeit des Aktionsbündnisses gegen Studiengebühren und Sozialabbau (ABSS), lobt die gute Organisation von Protestaktionen und die gut besuchte Vollversammlung.

Sie berichtet, dass die Arbeit im AStA momentan stark auf die Unterstützung der Proteste und Aktionen ausgerichtet sei, dass die reguläre Arbeit des AStA aber parallel weiterlaufe.

TOP 4 [Resolution Osteuropäische Geschichte]

Johannes Kucher (RoyMa) bringt die Resolution gegen die Verlagerung der Studiengänge Osteuropäische Geschichte und Slawistik nach Gießen ins Parlament ein:

„Wir, das 41. Studierendenparlament der Philipps-Universität Marburg, erklären uns solidarisch und unterstützen voll und ganz folgende Resolution der Fachschaft 06, Geschichte und Kulturwissenschaften:

Wir, die Studierenden des Fachbereichs „Geschichte und Kulturwissenschaften“ halten die Verlagerung der Osteuropäischen Geschichte und der Slawistik in ein noch zu schaffendes „Osteuropazentrum“ in Giessen nach wie vor für einen großen

wissenschaftlich-inhaltlichen und strukturpolitischen Fehler und sprechen uns nachdrücklich dagegen aus. Es gibt keinen, und schon gar keinen finanzpolitischen Grund, bestehende und hervorragend funktionierende Strukturen zu zerschlagen, um sie 35 km weiter mit fragwürdigen Erfolgsaussichten wieder aufzubauen zu versuchen.

Es ist völlig indiskutabel, die Studierenden der genannten Fächer, die mitten im Studium stehen, nach Giessen „umzusiedeln“, indem die beiden Institute zum Wintersemester geschlossen werden, obwohl in Giessen nicht annähernd vergleichbare Studienbedingungen herrschen. Studierende, die nach diesem Vorhaben der Universitätsleitung zum Pendeln gezwungen sind, da ihre Fächerkombination in Giessen nicht studiert werden kann, werden zwangsläufig und ohne eine Alternative in die Situation der „Langzeitstudierenden“ getrieben, da es unmöglich ist, Stundenpläne mehrerer Fächer in zwei Universitäten, die 40 km voneinander entfernt liegen, aufeinander abzustimmen. Sie sind den Strafgebühren für „Überzieher“ von Regelstudienzeiten mit ungleich höherem Risiko ausgesetzt. Die Schuld hierfür liegt alleine bei der gleichen Instanz, die die Gebühren kassieren wird.

Wir wehren uns entschieden gegen die völlig willkürliche „Zumutbarkeitsklausel“ im hessischen Hochschulgesetz, nach der es zumutbar sei, bei Schließung eines Instituts das Studium an einer Universität in „zumutbarer Nähe“ weiterzuführen. Im Dienstwagen mag die Nähe an Kilometern zumutbar sein, was Zeit und Unkosten angeht (keine IC-Benutzung mit Giessener Studentenausweis, neue Kopierkarten für Giessen etc.) ist diese Klausel lächerlich.

Die Studienbedingungen auch nur annähernd „vergleichbar“ oder „zumutbar“ zu nennen, entbehrt jeder Grundlage. In Marburg werden uns Studienbedingungen, deren hervorragende Qualität im In- und Ausland bestätigt wird, genommen, ohne eine Alternative zu bieten. Das sogenannte Osteuropazentrum in Giessen, das nicht einmal über eine Bibliothek verfügt, ist keine Alternative zu Marburg!

Wir wenden uns entschieden gegen diese Verschlechterung, ja, den Diebstahl an unseren Studienbedingungen, denen nun, welch ein Zynismus, Studiengebühren folgen sollen.

Gegen die Abschaffung der Osteuropäischen Geschichte und Slawistik hier in Marburg!

Gegen die „Zwangsumsiedlung“ in eine Universität mit schlechteren Bedingungen!

Gegen die sinnlose Zerschlagung bestehender Strukturen!

Für ein gebührenfreies Studium mit optimalen Bedingungen und mit aller gebotenen Vielfalt!“

Roman Topp (RCDS) möchte wissen, wie viele Studierende es in der Osteuropäischen Geschichte und Slawistik gebe.

Johannes antwortet, dass es sich insgesamt um 75 Studierende handle. 25 von ihnen könnten durch die geplanten Veränderungen ihre Fächerkombination nicht an einer Uni weiterstudieren. Besonders betroffen sei auch eine blinde Person.

Roman möchte wissen, ob es im Rahmen der Zentrenbildung noch weitere Verschiebungen geben werde.

Johannes Kucher berichtet, dass verschiedene Institute in einem Asien-Zentrum in Frankfurt, einem Osteuropazentrum in Gießen und einem Orientzentrum in Marburg zusammengefasst würden.

Juko Marc Lucas (stellv. AStA-Vorsitzender) stellt fest, dass die Problematik nicht in der Zentrenbildung bestehe, sondern im Umgang mit den Studierenden. Das Osteuropazentrum in Gießen biete nicht die für ein Studium nötige Infrastruktur.

Annika Schmidt-Ehry (Juso HSG) beantragt Rederecht für **Volker Ostermeyer** (LHG, Senatsmitglied).

Eva Scharbatke (LHG) verkündet, dass sie auch gegen die Resolution stimmen werde. Sie macht darauf aufmerksam, dass für Mediziner, die nach ihrem Studium ihr praktisches Jahr machen, oft viel weitere Pendelwege nötig seien.

Johannes Lörcher betont, dass die neue Situation insbesondere für Behinderte nicht zumutbar sei. Das neue Zentrum solle erst gebildet werden und die Fachbereiche erst im Anschluss daran geschlossen werden, nicht umgekehrt.

Johannes Kucher betont, dass in Gießen bisher keine Infrastruktur in der osteuropäischen Geschichte vorhanden sei. Es gebe keine Bibliothek und lediglich einen Studierenden in Gießen. In Marburg sei aber das Herder-Institut angesiedelt, das viele wichtige Informationen bereitstelle, die für das Studium sehr wichtig seien.

Volker erklärt ebenfalls, dass die Umsetzung der Zentrenbildung ungünstig verlaufe und zu kritisieren sei.

Juko entgegnet **Eva**, dass es zwar richtig sei, dass es den MedizinerInnen auch schlecht gehe, dies sei aber keine Argumentation dafür, dass ein Studiengang vollkommen überstürzt geschlossen werde.

Philipp Ostermann (LHG) stellt den Änderungsantrag in der Resolution „Giessen“ in „Gießen“ zu ändern. Dieser Antrag wird vom Hauptantragsteller übernommen.

Es kommt zur Abstimmung über die Resolution.

Ergebnis der Abstimmung: 24:02:01

Damit ist die Resolution verabschiedet.

TOP 5 [Unicard: Information und Diskussion]

Juko informiert ausführlich über die Pläne von Studentenwerk und Universität, eine Unicard einzuführen.

- Gründe für die Einführung einer neuen Unicard/
Nutzungsmöglichkeiten:

- Studentenwerk: U-Key-System läuft aus
- Gebäudemanagement und Technik: Zugang zu Gebäuden, Laboren
- Zentralverwaltung
- Universitätsbibliothek: neuer Bibliotheksausweis
- Hochschulrechenzentrum: Zugang zu PC-Pools
- Univerwaltung: Studiausweis, Immatrikulation, Anmeldung zu Prüfungen u. a.
- Studentenwerk: Bezahlungsfunktion Mensen u.a.
- AStA: Semesterticket
- Zugang zu Parkplätzen
- Kopierkarten
- Mifarechip
 - 16 unabhängig voneinander nutzbare Speicherplätze
- personalisierte Chip-Karte von Studentenwerk favorisiert
- Datensichere, teilpersonalisierte Chipkarte von AStA vorgeschlagen und vom Unipräsidium akzeptiert; der AStA-Vorschlag ist auch technisch möglich. Die NutzerInnen können selber darüber entscheiden, an welchen Stellen sie ihre persönlichen Daten hinterlassen.
- Das Studentenwerk zeigt mittlerweile kein Interesse mehr an der Unicard-Alternative des AStA

Annika fragt, ob mit der Unicard auch Prüfungsanmeldungen durchgeführt werden sollten

Juko gibt die Auskunft, dass dies bis jetzt noch nicht geplant sei, da die neue Karte schon Oktober 2006 einsatzfähig sein müsse; mittelfristig sei dies jedoch möglich.

Annika erkundigt sich weiter, ob beim AStA-Modell auch eine Reaktivierung zu jedem neuen Semester möglich sei.

Roman George antwortet, dass dies technisch möglich sei.

Mazlum Ayalp (Juso HSG) möchte wissen, ob eine sofortige Löschung der Daten möglich sei.

Juko erwidert, dass hier die Problematik der Nachweispflicht bestehe; die Daten müssten eine Zeit lang gespeichert werden.

Annika stellt die Frage, ob es in der Unicard-Angelegenheit auch Kontakt mit den studentischen VertreterInnen im Studentenwerk gebe.

Juko bejaht dies und bedauert, dass diese aber keinen Einfluss darauf hätten. Die Fragen der Unicard müssten von der Geschäftsführung entschieden werden.

Annika fragt weiter, wie die Einführung des neuen Systems finanziert werde.

Juko erklärt, dass das Studentenwerk dies tun müsse, wenn sich die Uni an dem neuen Kartensystem beteilige, die Kosten auf Studentenwerk und Uni aufgeteilt würden.

Alexander möchte wissen, inwiefern das gegenwärtige System mit dem Datenschutz vereinbar sei.

Juko antwortet, dass es prinzipiell keine Bedenken von Seiten des Studentenwerks und der Uni gebe.

Volker fragt, wie hoch die Mehrkosten für die getrennte Lösung seien.

Juko gibt die Auskunft, dass diese doppelt so viel, also zwei mal 230.000 € koste.

Johannes Kucher erkundigt sich, wer die Kosten trage.

Juko antwortet, dass dies das Studentenwerk tun müsse.

Roman Topp schlägt vor, dass sich das StuPa in einer Stellungnahme gegen den Umgang des Studentenwerks mit den Vorschlägen und dem Engagement des AStA in der Angelegenheit ausspricht und diesen kritisiert.

Auf Antrag von **Christoph Scheid** (Fachkraft), **Juko Marc Lucas** (stellv. AStA-Vorsitzender) und **Roman Topp** (RCDS) möge das 41. Studierendenparlament folgenden Antrag beschließen:

„Das Studierendenparlament ist von der Vorgehensweise des Studierendenwerks bei der Einführung einer Uni-Chip-Karte mit RFID-Technik zur Ablösung des U-Key enttäuscht: Die ParlamentarierInnen fordern das Studierendenwerk auf, die vom AStA entwickelte und vom Präsidium der Universität angenommene datensichere Konzeption für eine Uni-Card umgehend umzusetzen.“

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

TOP 6 [Studiengebühren]

Julia fasst zusammen, dass bei der vergangenen StuPa-Sitzung am 26.04.2006 eine Resolution gegen die Einführung von Studiengebühren verabschiedet worden ist und dass seitdem viel passiert sei. Die hessische CDU hat im Kabinett beschlossen, allgemeine Studiengebühren ab dem ersten Semester einzuführen.

Bei dieser vergangenen Sitzung seien LHG und RCDS nicht anwesend gewesen, darum gebe es heute nochmal die Gelegenheit, über das Thema zu diskutieren.

Christian Hof (Fachkraft) gibt einen umfassenden Überblick über die Proteste und Aktionen der vergangenen zwei Wochen.

Johannes Grün betont, dass nicht nur der AStA, sondern ganz besonders auch das Aktionsbündnis gegen Studiengebühren und Sozialabbau in den Protesten aktiv sei; außerdem könne sich jeder an den Aktionen beteiligen.

Johannes Lörcher schlägt vor einen offenen Brief an die Ministerpräsidenten zu schreiben, die Studiengebühren wollen. Darin sollen sie aufgefordert werden, ihre Studiengebühren auf Zins und Zinseszins nachzuzahlen.

Roman George (Linke Bündnisliste) möchte vom RCDS wissen, wie dieser sich zu den Aussagen der Jungen Union gegen Studiengebühren positioniere.

Roman Topp erwidert, dass der RCDS gegen die von der Landesregierung vorgelegten Studiengebührenpläne sei.

TOP 7 [Verschiedenes]

Juko weist darauf hin, dass am Montag Senatssitzung sei und bittet um rege Beteiligung.

Julia kündigt an, dass die nächste StuPa-Sitzung voraussichtlich am 14.06.2006 stattfinden werde.

Darüber hinaus gibt sie bekannt, dass am 30. Mai die nächste studentische Vollversammlung stattfinden werde.

Julia schließt die Sitzung um 21:55.

Für das Protokoll:

gez. **Felix Rensch**
Vizepräsident des 41. StuPa

gez. **Kaia Jungjohann**
Vizepräsidentin des 41. StuPa

Für die Richtigkeit:

gez. **Julia Becker**
Präsidentin des 41. StuPa